



Liebe Leserinnen und Leser,

ich begrüße die Wahl von Frau Kramp-Karrenbauer. Ich kenne und schätze ihre Verlässlichkeit und ihr christliches Wertegerüst. Sie kann sowohl im konservativen Spektrum, wie in der politischen Mitte gewinnen. Dies ist für eine Volkspartei überlebenswichtig.

Am Wochenende endet die 24. Weltklimakonferenz im polnischen Katowice. Bei der Weltklimakonferenz in Paris 2015 hatten sich fast alle Staaten der Welt verbindliche Klimaziele gegeben. Jetzt geht es darum, ein Regelbuch zu verabschieden. Anja Weisgerber (CSU), Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion für Klimaschutz, will die internationale Zusammenarbeit in Sachen Klimaschutz intensivieren - gerade Entwicklungsländer gilt es langfristig besser einzubinden.

Der Bund unterstützt künftig Länder und Kommunen beim qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. 5,5 Milliarden Euro werden für die Steigerung der Qualität in den Einrichtungen und die Entlastung der Eltern bei den Gebühren auf den Weg gebracht. Auch hier zeigt die CSU im Bundestag erneut: Wir sind der politische Anwalt der Familien in unserem Land.

Nun geht es erst einmal in die parlamentarische Winterpause. Ich wünsche Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und für das Jahr 2019 viel Gesundheit, Glück und allzeit Gottes Segen.

Herzliche Grüße

Christian Schmidt MdB

Diese Woche:

Zur Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Parteivorsitzende der CDU	2
Weisgerber: „Klimaschutz ist eine globale Aufgabe“	3
Gute KITA-Gesetz	5
E-Zigarette „JUUL“ darf nicht in Hände von Kindern und Jugendlichen geraten	6
Fürther Michaelis-Kärwa wird immatrielles Kulturerbe Deutschlands	7

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: www.christian-schmidt.de/

E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de



FAIRER WAHLKAMPF BIS ZULETZT

„Zur Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Parteivorsitzende der CDU.“



Am 7. Dezember hat die CDU Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ich begrüße diese Wahl. Ich kenne und schätze ihre Verlässlichkeit und ihr christliches Wertegerüst. Sie kann sowohl im konservativen Spektrum, wie in der politischen Mitte gewinnen. Dies ist für eine Volkspartei überlebenswichtig. Ich habe aber auch großen Respekt vor den weiteren Kandidaten Herrn Merz und Herrn Spahn.

Insgesamt können wir erfreut feststellen, dass die Kandidaten sich bis zum Schluss einen fairen Wahlkampf, auf Augenhöhe, geleistet haben. Ich habe höchsten Respekt davor,

wie die CDU diese Situation genutzt hat und einen offenen Wettstreit über den Parteivorsitz

als Chance für ernsthafte und faire Diskussionen genutzt hat. Dies war ein hervorragendes Signal für eine moderne Mitmachpartei. Von diesem Prozess können alle demokratischen Parteien profitieren. Durch diesen offenen Prozess wird das Vertrauen in die Union insgesamt wachsen.

Von der neuen Vorsitzenden erwarte ich, dass sie das moderne Bild einer konservativen, christlichen und sozialen Partei schärft und dieser ein deutliches Profil gibt. An ihr wird es nun liegen, alle Strömungen der Partei einzubinden.

Zusammen mit der CSU und unserem Ministerpräsidenten und designierten Parteivorsitzenden, Markus Söder, können wir uns nun gemeinsam inhaltlich straffen und die großen Zukunftsthemen angehen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten Handlungs- und Entscheidungsfreudigkeit der Demokratie. Dies ist mehr als ein paar Prozentpunkte für die eine, oder die andere Partei."



UN-KLIMAKONFERENZ

Weisgerber: „Klimaschutz ist eine globale Aufgabe“



© picture alliance/Monika Skolimowska/dpa-Zentralbild

Am Wochenende endet die 24. Weltklimakonferenz im polnischen Katowice. Bei der Weltklimakonferenz in Paris 2015 hatten sich fast alle Staaten der Welt verbindliche Klimaziele gegeben. Jetzt geht es darum, ein Regelbuch zu verabschieden

In Katowice gilt es Klimageschichte zu schreiben

In Polen hat in dieser Woche die Weltklimakonferenz stattgefunden, um ein internationales Regelwerk zu erarbeiten, mit dem internationale Klimaziele vergleichbar, transparent und kontrollierbar werden. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass alle Vertragsstaaten ihre zugesagten Klimaschutzbeiträge auch erfüllen und die Wettbewerbsbedingungen sich angleichen. Der Erfolg des Klimaabkommens hängt davon ab, ob es gelingt, durch diese Kontrolle gegenseitiges Vertrauen für die Einhaltung der Ziele herzustellen. In Paris wurde mit der Verabschiedung des Abkommens Klimageschichte geschrieben. Diese Erfolgsgeschichte galt es in Katowice fortzuschreiben. Nach Katowice ist auch eine Delegation des Bundestages gereist, darunter Anja Weisgerber (CSU), die Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion für Klimaschutz. Für die Abgeordneten stehen Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern aus anderen Staaten im Fokus, um sich über die Klimaschutzpolitik, Herausforderungen und Chancen in den verschiedenen Ländern auszutauschen.



Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang bringen

Der Beschluss Deutschlands, als Industrieland aus der Kernenergie auszusteigen und gleichzeitig die Kohleverstromung schrittweise bis hin zu einem Ausstiegsdatum zu reduzieren sowie den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich zu erhöhen, ist historisch. Das Interesse der anderen Staaten an der deutschen Klimapolitik ist deshalb auch in diesem Jahr sehr hoch. Wir haben die erneuerbaren Energien stark ausgebaut – der Anteil beträgt 38 Prozent des Stromverbrauchs. Im nächsten Jahr wird die Regierungskoalition ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das sicherstellt, dass Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht. Hierfür werden neben dem Energiesektor auch alle anderen Bereiche – Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft – einen Beitrag leisten und wir werden die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg bringen. Deutschland wird den Weg der Treibhausgasreduktion konsequent weitergehen, dabei gilt es aber Ökologie, Ökonomie, Soziales in Einklang zu bringen und die Akzeptanz der Bevölkerung für die Klimapolitik zu behalten. Die CSU im Bundestag leistet hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Weißgerber: „Wir müssen Vorreiter sein“

Auch auf dem internationalen Parkett der Weltklimakonferenz leistet die CSU im Bundestag ihren Beitrag. „Wir müssen Vorreiter sein, aber alleine können wir das Klima nicht retten. Dazu brauchen wir auch die anderen Staaten der Welt“, so Anja Weißgerber. Deshalb dürfe die Klimapolitik nicht nur durch die nationale Brille betrachtet werden. Entscheidend ist, dass die ärmsten und schwächsten Länder dabei unterstützt werden, ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufzubauen, denn nur so können die weltweiten Klimaziele erreicht werden.

Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) hat daher zum Auftakt der Konferenz angekündigt, dass Deutschland die Finanzmittel für Entwicklungs- und Schwellenländer verdoppeln wird. In Afrika sind derzeit noch rund 600 Millionen Menschen ohne festen Stromanschluss. Werden diese Menschen an die Energieversorgung angeschlossen und kommt diese Energie dann nicht von regenerativen Quellen, steigen die CO₂-Emissionen stark an und die Erderwärmung kann nicht gestoppt werden. Der Minister investiert daher zielgerichtet in Projekte zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungs- und Schwellenländer. Bis 2020 soll die deutsche Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln auf vier Milliarden Euro jährlich ansteigen. Das ist gut investiertes Geld, denn es trägt dazu bei, klimabedingte Fluchtursachen zu bekämpfen.



GUTE-KITA-GESETZ

Ein großes Paket für Familien



© picture alliance/MITO Images

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen beim qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. 5,5 Milliarden Euro werden für die Steigerung der Qualität in den Einrichtungen und die Entlastung der Eltern bei den Gebühren auf den Weg gebracht.

Ein großes Paket für Familien

In dieser Woche wurde im Bundestag der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, das sogenannte Gute-Kita-Gesetz beschlossen. „Das Ergebnis sind 5,5 Milliarden Euro für eine Verbesserung der Qualität und Beitragsfreiheit im Bereich der Kinderbetreuung und Kindertagespflege“, sagte Silke Launert (CSU). In den nächsten vier Jahren werde diese Summe an Länder und Kommunen gezahlt. Das habe es so vorher noch nie gegeben. Für die Verteilung der Mittel seien dann aber – wie es der Föderalismus vorschreibe – die Länder zuständig.

„Mit dem Gesetz werden viele Erwartungen geweckt“, so Silke Launert. Ursprünglich wollte der Koalitionspartner, die SPD, die Länder mit 3,5 Milliarden Euro unterstützen, um eine Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung der unter 6-Jährigen. „Die Union hat gesagt, wir wollen aber auch Qualität“, betonte Launert. Und so hätten sich beide Komponenten im Koalitionsvertrag wiedergefunden, mit entsprechend mehr Geld, also mit 5,5 Milliarden Euro.



Mit diesem Geld könne nun auch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels gerade für die Ein- bis Zweijährigen erreicht werden, aber auch die individuelle Beschäftigung mit jedem einzelnen Kind müsse von Interesse sein.

Länder verteilen Mittel eigenständig

Der Bund stellt die Mittel bis 2022 zur Verfügung, 2019 sind es zunächst 500 Millionen Euro. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots, einen guten Erzieher-Kind-Schlüssel und die kindgerechte Ernährung. Mit dem Gesetz sollen Eltern auch bei den Gebühren durch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien entlastet werden. Die Länder können selbst entscheiden, wie sie die Gelder verwenden und welchen Schwerpunkt sie setzen.

Für das Gute-Kita-Gesetz ist anders als beim Digitalpakt für Schulen keine Grundgesetzänderung erforderlich. Die Länder bekommen die 5,5 Milliarden Euro über einen höheren Anteil an den Umsatzsteuereinnahmen. Damit das Geld aber tatsächlich in die Kinderbetreuung fließt und nicht zweckentfremdet wird, wurde mit allen 16 Ländern eine Zielvereinbarungen ausgehandelt.

E-ZIGARETTE „JUUL“ DARF NICHT IN DIE HÄNDE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN GELANGEN - US TREND IN DEUTSCHLAND VERHINDERN -

Bundesminister a.D. Schmidt MdB fragt Bundesregierung nach Ihrer Einschätzung und ruft zu erhöhter Aufmerksamkeit auf

Mit Sorge betrachtet Christian Schmidt die Gefahren der E-Zigarette „Juul“, die in den USA eine rasante Verbreitung bei Kindern und Jugendlichen verzeichnet. Grund ist das besondere Design sowie der überaus hohe Nikotingehalt. Und ähnlich der sogenannten Alkopops lässt der fruchtige Geschmack das hoch dosierte Nikotin kaum durchdringen. „Wir müssen hier frühzeitig gegensteuern. Deshalb habe ich mich an die Bundesregierung gewandt und auf die Gefahren hingewiesen. An amerikanischen Schulen greift der Missbrauch dieser angesagten hochdosierten Droge rasant um sich und zeigt ernste gesundheitliche Folgen. Der beschleunigte Einstieg in die Sucht ist besorgniserregend“, so Schmidt.

Der Abgeordnete hat die Bundesregierung danach gefragt, welche Maßnahmen hierzulande ergriffen werden, um dieser Entwicklung vorzubeugen. Zwar ist die Abgabe von E-Zigaretten an Kinder und Jugendliche seit der von mir auf den Weg gebrachten Änderungen im Jugendschutzgesetz untersagt. Ebenso dürfen in Deutschland generell nur E-Zigaretten vermarktet werden, die maximal 20mg/ml Nikotin enthalten. Gefahren sieht Schmidt aber im Internethandel. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Online-Händler bei der Bestellung von Tabakerzeugnissen und der Aushändigung der bestellten Waren sicherstellen müssen, dass der Kunde über 18 Jahre alt.



Die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes obliegt den in den Ländern zuständigen Behörden. Zuwiderhandlungen von Gewerbetreibenden können nach dem Jugendschutzgesetz mit einem Bußgeld bis zu 50.000,00 Euro geahndet werden.

Der Abgeordnete: „Es bedarf keiner Hellseherei, dass sich immer Umgehungswege finden. Ich weiß mich mit der Drogenbeauftragten, meiner Kollegin Marlene Mortler einig, dass hier sehr frühzeitig sensibilisiert werden muss. Ich fordere alle auf, aufmerksam auf Anzeichen für eine illegale Verbreitung der E-Zigarette Juul, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zu achten. Wir müssen frühzeitig aufklären und einschreiten, um diesen Trend in Deutschland gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das bleibt eine Aufgabe.“

Schmidt weiter: „Die Werbemöglichkeit für E-Zigaretten sehe ich als sehr bedenklich an. Auf meine Initiative hin als damaliger Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung wurde zwar im Jugendschutzgesetz die Abgabe von E-Zigaretten an Jugendliche verboten, aber leider ist die Werbung für Tabak und E-Zigaretten größtenteils erlaubt. Zusätzliche Werbeverbote für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter gem. den Richtlinien der WHO Werbung sind vonnöten.“

FÜRTHER MICHAELIS-KÄRWA WIRD IMMATERIELLES KULTURERBE DEUTSCHLANDS

Gratulation an die Stadt Fürth zur Aufnahme der Kärwa ins bundesweite Unesco-Verzeichnis



„Nach der Aufnahme der Michaelis-Kärwa in das Bayerische Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes im Januar dieses Jahres, war es für mich nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auch in das bundesweite UNESCO-Verzeichnis aufgenommen wird“, freut sich Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB und gratuliert der Stadt Fürth recht herzlich.

„Die Michaelis-Kirchweih ist und bleibt für mich die schönste Kirchweih in ganz Deutschland. Ein Besuch der Königin der Kirchweihen ist für meine Familie und mich liebgeordnete Tradition“, so Schmidt. „Die Michaelis-Kirchweih bewahrt nicht nur unsere Traditionen und stärkt sie, sie verbindet uns auch mit unserer fränkischen Heimat. Mit der Aufnahme ins bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes wird ihrer großen Bedeutung Rechnung getragen.“

„Eine Aufnahme in das weltweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes der Unesco wäre nun der logische Schritt. Ich wünsche dabei viel Glück“, betonte Schmidt.



**Information zu der am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen
EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).**

Wir haben die von Ihnen mitgeteilten Kontaktdaten gespeichert und nutzen diese für die Zusendung von Informationen (Newsletter). Diese Daten betreffen Ihre E-Mail-Adresse und evtl. Ihren Vor- und Nachnamen.

Gegen die weitere Verwendung Ihrer Daten können Sie jederzeit Widerspruch einlegen. In diesem Fall bitten wir unter christian.schmidt@bundestag.de um eine entsprechende Mitteilung. Ihre Daten werden dann gelöscht.

Daneben haben Sie das Recht auf die Korrektur Ihrer Daten sowie die Einschränkung der Verarbeitung auf bestimmte Zwecke. Gerne erteilen wir Ihnen auf Anfrage Auskunft darüber, welche personenbezogenen Daten über Sie bei uns gespeichert sind. Unter dem folgenden Link können Sie Einsicht in die Datenschutzbestimmungen nehmen:

<http://www.christian-schmidt.de/editorial/Datenschutzerklaerung.php>



Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)